



Säule der Vielfalt

FORDERUNGSPAPIER



Lesben- und Schwulenverband
Niedersachsen-Bremen





1
Hannover
17.05. - 29.05.21



2
Hildesheim
29.05. - 12.06.21



3
Göttingen
12.06. - 26.06.21



4
Osnabrück
26.06. - 10.07.21



10
Braunschweig
18.09. - 02.10.21



5
Delmenhorst
10.07. - 24.07.21



9
Wolfsburg
04.09. - 18.09.21



6
Oldenburg
24.07. - 07.08.21



8
Lüneburg
21.08. - 04.09.21



7
Wilhelmshafen
07.08. - 21.08.21

Vorwort

Lesben, Schwule, bi-, trans- und intergeschlechtliche Menschen sind keine unbedeutende Minderheit im gesellschaftlichen und politischen Alltag mehr. Queere Menschen werden gesehen und erheben ihre Stimme für gleiche Rechte.

Immer noch jedoch sind Menschen mit LSBTIQ*-Hintergrund rechtlich benachteiligt, gesellschaftlicher Diskriminierung oder queerfeindlicher Hassgewalt ausgesetzt. Es besteht ein besonderer Schutzbedarf für diese Gruppe, die auch am Einsatz dafür die politisch Verantwortlichen misst.

Aus diesem Grund hat der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Niedersachsen-Bremen im Herbst 2020 mit der Gestaltung und Produktion der „Säule der Vielfalt“ begonnen, eine Reiseroute festgelegt und Partner vor Ort gewonnen.

Seit dem 17. Mai hat sie in zehn Städten Station gemacht und dazu eingeladen, Wünsche und Bedarfe der LSBTIQ*-Community per Postkarte einzuwerfen oder Online mitzuteilen.

Diese Sammlung wurde in diesem Forderungspapier gebündelt und soll ein Wegweiser für die im Niedersächsischen Landtag vertretenen demokratischen Parteien und Grundlage für Wahlprogramme zur anstehenden Landtagswahl sein.

An dieser Stelle wollen wir uns auch bei allen Verbänden, Vereinen, Gruppen und anderen Institutionen bedanken, die die Säule der Vielfalt durch die Vorstellung ihrer Projekte mit Leben erfüllt haben.

Der Vorstand des LSVD Niedersachsen-Bremen e.V.

Klaus Bischoff

Marco Neuman

B. Raut

D. N. Kehr

Grußwort

„De vööl up Padd is, worrd wat künnig!“ - Wer viel auf Reisen ist, wird einiges gewahr. Und der LSVD Niedersachsen-Bremen hat die „Säule der Vielfalt“ auf eine spannende Reise geschickt. Welch eine Chance für uns und für Menschen in der Politik, die sich aufgestellt haben uns als Gesellschaft, als Bürger*innen dieses Bundeslandes zu vertreten.

Ich möchte dem Organisationsteam großen Dank für dieses wunderbare Projekt aussprechen: Die Umsetzung und eure Begeisterung, die Anliegen der Community, aber eben auch euer Netzwerk zu stärken und auszubauen, haben mich beeindruckt.

Was wünschen wir uns also von den Menschen, die uns repräsentieren sollen, die für uns Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen? Manche Wünsche waren zu erwarten, wie zum Beispiel die Abschaffung des menschenunwürdigen Transsexuellen-gesetzes (TSG), welches bereits erschreckend lang hätte geschehen müssen und uns nicht erst seit gestern beschäftigt.

Auch wenn die Säule durch die größeren Städte Niedersachsens gereist ist, sind den Menschen in unserem Bundesland die finanzielle Sicherung von Projekten und ihr Ausbau in ländlichen Regionen wichtig. Als jemand, die aus Ostfriesland über Oldenburg den Weg nach Berlin gefunden hat, kann ich diese Forderung sofort unterschreiben.

Die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 in der niedersächsischen Verfassung um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität war ebenfalls ganz oben im Ranking der Top-Forderungen, die ihren Weg in unsere Säule gefunden haben.

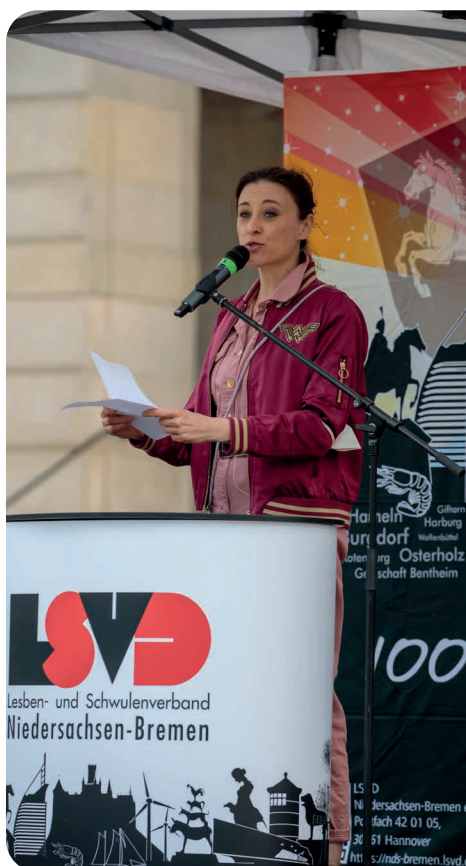
Ein freundliches „Ja, aber ihr seid doch da auch irgendwie mitgemeint!“ oder „Wir müssen die Verfassung schlank halten.“ stellt uns eben nicht zufrieden. Wir haben den expliziten Schutz vor Diskriminierung verdient und dafür müssen wir auch explizit in der Auflistung der Diskriminierungsmerkmale genannt werden.

Ich habe die „Säule der Vielfalt“ so liebgewonnen, dass ich es mir nicht hab nehmen lassen, sie gleich bei unserem zweiten Date zu umarmen. Sie steht für mich für so viel Gutes: Demokratieteilhabe und-gabe, sie ist Peil- und Leuchtturm, gibt Halt und Orientierung zugleich.

Der vandalistische Angriff auf unsere Säule, hat auch wieder einmal sinnbildlich gezeigt, wie fragil unsere Demokratie sein kann. Es ist an uns sie zu stabilisieren, in dem wir für den Schutz von Minderheiten und marginalisierten Gruppen, Solidarität und die Achtung der Würde des Einzelnen sorgen.

Danke, dass ich Patronin dieser Reise sein durfte.

Eure Annie



Annie Heger bei der Einweihung der Säule der Vielfalt
(Photo by www.michaelwallmüller.com)



Annie Heger in Oldenburg

Die Säule der Vielfalt

Von der Idee zum Forderungspapier

Im Herbst 2020 hat sich der LSVD Niedersachsen-Bremen die Frage gestellt, was es braucht damit Lesben, Schwule, Bisexuellen, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen (LSBTIQ*) sicher und offen Leben können und was kann die Landesregierung Niedersachsen dafür tun. Dieser Frage wollten wir auf den Grund gehen und auch gleichzeitig den demokratischen Parteien zeigen, dass sie die queere Community nicht nur mitmeinen, sondern mitnennen müssen.

Bei den Überlegungen, wie wir nun am besten eine Abfrage für die Bedarfe von LSBTIQ*-Menschen gestalten, wurde uns schnell klar, dass wir keine reine Onlinelösung haben wollen. Während eines Spaziergangs kam die zündende Idee: eine Art Säule mit Briefkastenfunktion soll es werden. Ein weiterer Vorteil war, dass man auf der Außenfläche gut Werbung für lokale Projekte machen kann.

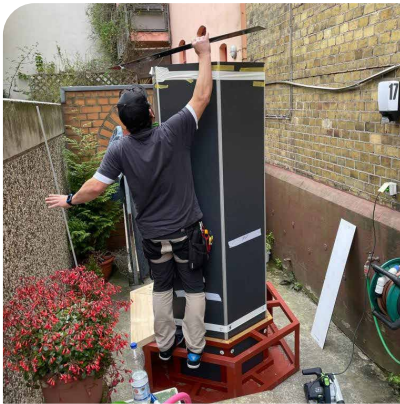
Zuerst kam die Kopfarbeit! Ein Konzept inklusive Zeit- und Finanzplan sowie Aufstellungs-orten musste her. Auch galt es, einen Bauplan für die Säule zu erstellen. Schnell waren dann Mittelgeber:innen und Partner:innen in den zehn Städten gefunden, die die Idee in das eigene Netzwerk weiter getragen haben. Auch eine Person für die Schirmherrschaft fand sich schnell: die Sängerin und Moderatorin Annie Heger.

Der enge Zeitplan bis zur geplanten Aufstellung der Säule in Hannover zum RainbowFlash am 17. Mai drohte uns fast aus der Bahn zu werfen. Als wir dann mit dem Aufbau begannen, war auch der NDR vor Ort. Da sie für ihr Videomaterial ein paar Bilder benötigten, musste die Säule erstmal provisorisch zusammengesetzt werden. Mit ihrem Umzug auf den Opernplatz in korrekter Bauweise fand die Säule ihre finale Aufstellung und allen Beteiligten ist ein riesiger Stein vom Herzen gefallen.

Vom 17. Mai bis zum 2. Oktober war die Säule der Vielfalt für jeweils 14 Tage in Hannover, Hildesheim, Göttingen, Osnabrück, Delmenhorst, Oldenburg, Wilhelmshaven, Lüneburg, Wolfsburg und Braunschweig zu Gast.

Zusammen mit allen Unterstützer:innen und Partner:innen freuen wir uns, mit diesem Forderungspapier das Ergebnis dieser Reise vorstellen zu können und die Wünsche, Bedarfe und Forderungen der queeren Community sichtbar zu machen.

Jetzt sind die demokratischen Parteien im Niedersächsischen Landtag gefordert, diese Auswertung der Ergebnisse auch zu berücksichtigen!



Queerpolitische Forderungen

In den letzten Jahrzehnten hat sich viel für die gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung von LSBTIQ*-Menschen getan. Die Kampagne „Für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt*“ in Niedersachsen hat einen wichtigen Anteil daran. Doch es gibt noch viele Themen, an denen die aktuelle Landesregierung und folgende arbeiten müssen. Die Auswertung der vielen Zuschriften an unserer Säule zeigt das deutlich.

Forderungen der LSBTIQ*-Community:

Noch immer werden Menschen in Deutschland auf Grund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert. Hier muss die Niedersächsische Landesregierung ein klares Zeichen setzen.

- ! ***Wir fordern die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 der Niedersächsischen Verfassung um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität.***

In Niedersachsen gibt es viele queere Projekte zur Beratung, Aufklärung, Schaffung von Anlaufstellen und weiteren Themen. In den meisten Fällen befinden diese sich in den größeren Städten. Der ländliche Raum profitiert wenig bis gar nicht von diesen Projekten, da der finanzielle Aufwand hier um ein vielfaches größer als in den Städten ist.

- ! ***Wir fordern die auskömmliche und bedarfsgerechte Finanzierung zum Erhalt von queeren Projekten, Safe Places und Beratungsstrukturen in Niedersachsen.***

Zu bestimmten Zeiten im Jahr treten Politiker:innen fast aller Parteien bei den verschiedenen LSBTIQ*-Veranstaltungen in Erscheinung und treten für Vielfalt und Akzeptanz und gegen Queer-Feindlichkeit ein. Oft ist dies zu wenig und scheint einem Lippenbekenntnis gleich.

- ! ***Wir fordern ein klares Bekenntnis der Politik gegen LSBTIQ*-Feindlichkeit und dies nicht nur im Pride Month, sondern ganzjährig.***

Gesetzesvorhaben zu LSBTIQ*-Themen haben häufig eine parteipolitische Färbung, lange Beratungszeiten und selten Expertise aus der queeren Community.

- ! ***Wir fordern die Schaffung eines landesweiten LSBTIQ*-Beirats, der bei queerpolitischen Themen involviert wird.***

Mit der Einführung der dritten Geschlechtsoption „divers“ ist ein wichtiger Schritt zu geschlechtlicher Selbstbestimmung gemacht worden. In der behördlichen Sprachkultur findet sich diese leider nicht wieder. So erfolgt die Anrede in Schriftstücken von Verwaltungen noch immer mit Herr oder Frau.

! **Wir fordern die Sprachkultur in behördlichen Schriftstücken (in- und extern) muss sich zu einer an die Geschlechtsoption angepassten Anrede hin entwickeln.**

Keine Regierung darf eine Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität zulassen, das gilt für Niedersachsen ebenso wie für die Bundesrepublik Deutschland.

! **Wir fordern die Landesregierung dazu auf, sich für die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität einzusetzen.**

Jens Spahn feiert es als einen seiner großen Erfolge, die queere Community sieht das anders. Die Aufweichung der Blutspenderrichtlinien durch die Bundesärztekammer schreibt auch die Diskriminierung weiter fort. Der Gesetzgeber verpasst hier seine Chance zur Gleichstellung.

! **Wir fordern, dass die Niedersächsische Landesregierung sich dafür einsetzt, die weiterhin bestehende Diskriminierung von homosexuellen Männern und Transpersonen bei der Blutspende zu beenden.**



Transgeschlechtliche Forderungen

Das Transsexuellengesetz (TSG) von 1980 setzt Menschen, die ihre Vornamen oder ihre Geschlechtszugehörigkeit verändern wollen, immer noch langwierigen bürokratischen und teuren Verfahren aus. Ihnen wird die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben extrem erschwert. Zudem erfolgt in vielen Bereichen durch fehlende Regelungen ein Zwangsouting. Beim TSG handelt es sich um ein Bundesgesetz, doch auch das Land Niedersachsen hat in der Auslegung und Anwendung einen gewissen Handlungsspielraum zur Verbesserung der Lebensqualität von transgeschlechtlichen Menschen.

Forderungen der LSBTIQ*-Community:

Transgeschlechtliche Menschen müssen für eine Namens- und Personenstandsänderung neben dem Antrag beim Amtsgericht auch zwei Gutachten erstellen lassen. Der Vorgang ist sehr bürokratisch und kann sich je nach Gutachter extrem in die Länge ziehen.

- ! ***Wir fordern die Landesregierung auf, sich für ein unbürokratisches Verfahren einzusetzen, bei dem die Änderung des Namens und Personenstands beim Standesamt auf Antrag und ohne Gutachten möglich ist.***

Im Transsexuellengesetz (TSG) gibt es ein Offenbarungsverbot. Dieses verbietet die Nennung und Weitergabe des ursprünglichen Vornamens. Für dieses Offenbarungsverbot gibt es jedoch keine klaren Verfahrensregeln und Strafen bei Verstößen.

- ! ***Wir fordern die Landesregierung auf, sich für die Neuregelung des Offenbarungsverbots einzusetzen. So sollte bei Grundbucheintragungen ein neues Blatt eingeführt werden, wenn eine Namens- und Personenstandsänderung erfolgt ist. Außerdem muss es klar definierte Strafen geben, um ein Zwangsouting zu verhindern.***

Jeder Mensch erhält in seinem Leben Zeugnisse verschiedenster Art, egal ob in der Schule oder der Arbeitswelt. Transgeschlechtliche Menschen können Schulzeugnisse nach der Namens- und Personenstandsänderung zwar neu beantragen, bekommen jedoch nur eine Zweitschrift mit den geänderten Daten. Bei Arbeitszeugnissen besteht kein genereller Rechtsanspruch auf eine Neuausstellung. In jedem Vorstellungsgespräch kommt diese Tatsache einem Zwangsouting gleich.

- ! ***Wir fordern eine niedersächsische Regelung zur Neuausstellung von Schulzeugnissen im Original. Weiterhin fordern wir, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene dafür stark macht, einen Austausch von Arbeitszeugnissen nach einer Namens- und Personenstandsänderung rechtlich festzuschreiben.***

Während des Prozesses der Geschlechtsangleichung (Transition) müssen transgeschlechtliche Menschen immer wieder zum medizinischen Dienst der Krankenkassen. Hier wird geprüft, ob die Krankenkasse die Kosten für geschlechtsangleichende medizinische Gesundheitsleistungen übernimmt. Bis heute gibt es keinen Rechtsanspruch, sondern lediglich ein Gerichtsurteil, das meist als Grundlage für diesen Anspruch dient.

! Wir fordern, dass die Landesregierung sich für einen Rechtsanspruch auf geschlechtsangleichende medizinische Gesundheitsleistungen einsetzt.

Geschlechtsangleichende medizinische Gesundheitsleistungen beinhalten nicht nur die geschlechtsangleichenden Operationen, sondern auch kosmetische Behandlungen, wie z.B. Bartentfernung. Es gibt nur wenige Ärzt:innen, die diese Behandlungen durchführen, und dann oft zeitlich sehr begrenzt. Es gibt allerdings Fachkräfte, die diese Behandlungen durchführen können, aber nicht durchführen dürfen.

! Wir fordern, dass die Landesregierung sich dafür einsetzt, dass nicht operative geschlechtsangleichende medizinische Gesundheitsleistungen durch entsprechendes Fachpersonal durchgeführt werden kann.

Ein Durcheinander an Gesetzen und Verordnungen, wie es durch das Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) und-ergänzungsgesetz (LPartErgG) entstanden ist, muss vermieden werden. Daher gilt es, alle Regelungen in einem modernen Gesetz zusammen zu fassen, um jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

! Wir fordern die Landesregierung dazu auf, sich für die Ablösung des Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz einzusetzen und aktiv daran zu beteiligen.



Transsexuelle Selbsthilfegruppe Fielappers e.V. und Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e.V. (dgti) bei der Säule der Vielfalt in Wilhelmshaven

Queerfeindliche Hasskriminalität

Fälle von queerfeindlicher Hasskriminalität sind zuletzt um 36% gestiegen. In den letzten anderthalb Jahren ist neben Vandalismus an SafePlaces auch die Bereitschaft zur körperlichen Gewalt gestiegen. Viele der Opfer von Hasskriminalität behalten körperliche Wunden zurück, alle aber haben psychische Wunden zu verkraften. Die Dunkelziffer ist zudem um ein Vielfaches höher! Die LSBTIQ*-Community sieht hier in vielen Punkten dringenden Handlungsbedarf.

Forderungen der LSBTIQ*-Community:

Bis 1994 fand der §175 StGB Anwendung. Nicht zuletzt durch das Verhalten von Polizei und Staatsanwaltschaft ist das Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden gerade unter schwulen Männern stark erschüttert. Die Ansprechpersonen LSBTI* der Polizei sind ein erster Schritt um dieses Vertrauen wieder aufzubauen.

- ! **Wir fordern, dass bei der Polizei entsprechende hauptamtliche Anlaufstellen ausgebaut und bei der Staatsanwaltschaft und den Gerichten geschaffen werden.**

Viele queerfeindliche Übergriffe werden oft aus Schamgefühl nicht zur Anzeige gebracht. Dies ist aber nicht der einzige Grund. Gerade LSBTIQ*-Menschen haben Angst, nicht ernst genommen oder gar bei der Polizei Opfer von Queerfeindlichkeit zu werden.

- ! **Wir fordern die Finanzierung und Schaffung eines landesweiten niedrigschwelligen Angebots zur Information, Anzeigenerstattung und Opferberatung.**

Die statistischen Zahlen zum Thema queerfeindlicher Hasskriminalität sind auch 2021 nicht repräsentativ. Zum Teil liegt es an nicht zur Anzeige gebrachten Übergriffen oder daran, dass Anzeigen mit queerfeindlichem Kontext von entsprechenden Stellen nicht als solche erfasst werden.

- ! **Wir fordern die Sensibilisierung von Polizei und Staatsanwaltschaft zu queeren Themen während der Ausbildung und des Studiums als Pflichtmodul.**

Queere Jugendliche und junge Erwachsene sind oft Anfeindungen und Diskriminierung ausgesetzt. Oft trauen sie sich nicht an Veranstaltungen und Treffen außerhalb von queeren Einrichtungen teilzunehmen. Doch eben diese queeren Einrichtungen werden immer wieder Angriffe von queerfeindlicher Hasskriminalität.

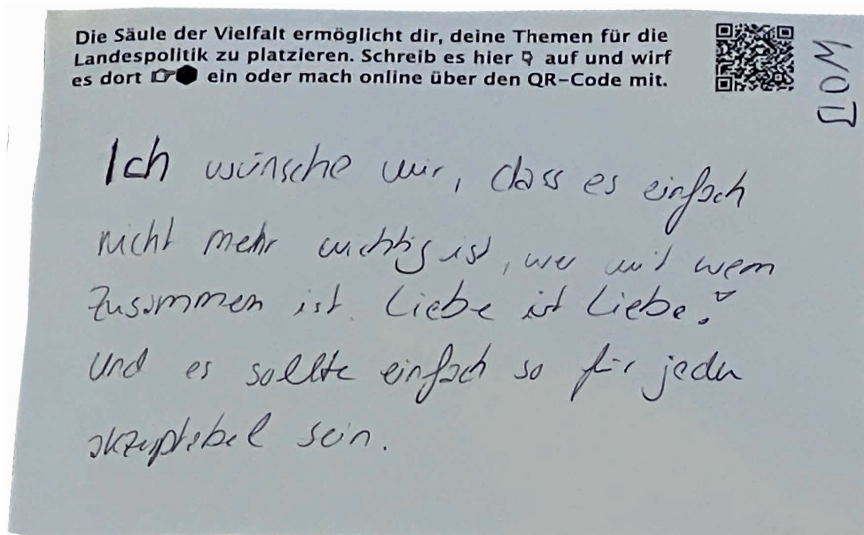
- ! **Wir fordern Schutz und Sicherung von Orten, an denen Menschen sich diskriminierungs- und angstfrei begehen können (Safe Places).**

Queerfeindliche Hasskriminalität ist bis heute nicht ausdrücklich im Gesetz benannt. Hier ist zu befürchten, dass dieses Motiv in der Praxis der polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen und damit auch bei der Strafzumessung wenig Beachtung findet.

- ! **Wir fordern, dass die Niedersächsische Landesregierung sich dafür einsetzt, queerfeindliche Hasskriminalität im Strafgesetz zu verankern und somit die Grundlage für die entsprechenden Strafzumessungen zu schaffen.**

Neben queerfeindlicher Hasskriminalität haben LSBTIQ*-Menschen auch oft mit Mehrfachdiskriminierung aufgrund von Herkunft, Aussehen, körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen zu kämpfen.

- ! **Wir fordern eine Differenzierung von Hasskriminalität mit Mehrfachdiskriminierung statt einer Marginalisierung von LSBTIQ*-Hintergründen.**



Ich wünsche mir, dass es einfach nicht mehr wichtig ist, wer mit wem zusammen ist. Liebe ist Liebe ! Und es sollte einfach so für jeden akzeptabel sein.

Partner:innen des Forderungspapiers

Für die finanzielle Unterstützung des Projekts und Realisierung des Forderungspapiers bedanken wir uns herzlich bei:



CSD 
Nordwest e.V.



GLEICHSTELLUNGSSTELLE
STADT HILDESHEIM

andera **raum**

 **Aidshilfe**
Niedersachsen



.....
QUEERströmung
.....
VERNETZEN - BERATEN - INITIATIVE ZEIGEN



C.O.B.
Coming Out Beratung
initiated by transsexualberatung.de

 **Gleichstellungsreferat**
Stadt Wolfsburg

Die **K**leinkunst**B**ühne



QUEERBEET
HILDESHEIM e.V.


CHECKPOINT
HANNOVER

Queer
Film Festival
Hannover
Perlen



QUEERUNITY

sven
Schwule Vielfalt
erregt Niedersachsen



Stiftung für queere Bewegungen

SCHLAU
NIEDERSACHSEN

Regenbogenfamilien

Tausende Kinder wachsen in Regenbogenfamilien auf. Gesellschaftlich sind diese Familien inzwischen selbstverständlich. Auf politischer Ebene ist dies nicht der Fall, was insbesondere für die Kinder aufgrund mangelnder rechtlicher Absicherung eine massive Gefahr bedeutet.

Forderungen der LSBTIQ*-Community:

Bei der Familiengründung spielt nicht selten das Adoptionsverfahren eine Rolle. Die letzte Änderung zum Adoptionsverfahren hat für gleichgeschlechtliche, besonders lesbische Paare, keine Verbesserung gebracht. Die Regelungen sind bei einer Zwei-Mütter-Ursprungsfamilie nicht sachgerecht und das Verfahren ist langwierig und diskriminierend.

- ! **Wir fordern von der Niedersächsischen Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass in einer Zwei-Mütter-Ursprungsfamilie die Gebärende und ihre Lebenspartnerin automatisch rechtliche Eltern des Kindes sind.**

Reproduktionsmedizin ist für nicht hetero-normativ lebende Frauen meist unzugänglich, da dies bis heute an Familienstand und sexuelle Orientierung geknüpft ist. Dies stellt immer noch eine staatliche Diskriminierung dar.

- ! **Wir fordern, dass die Niedersächsische Landesregierung sich für eine Klarstellung zur Reproduktionsmedizin im Bundesgesetz stark macht und so die anhaltende Diskriminierung von nicht hetero-normativ lebenden Frauen beendet.**

In den letzten Jahren hat der Gesetzgeber viele gut ausgearbeitete Vorlagen für eine Weiterentwicklung des Familienrechts bekommen. Hier gibt es verschiedene Ansatzpunkte von gleichgeschlechtlicher Ursprungsfamilie, Mehrelternschaft und Elternschaftsvereinbarungen. Ziel bei all diesen Vorlagen ist eine rechtliche Absicherung von Kindern und Eltern.

- ! **Wir fordern, dass sich die Niedersächsische Landesregierung für eine zeitgemäße Reform des Familienrechts einsetzt.**

Sport

Viele LSBTIQ*-Menschen sind in Sportvereinen aktiv. Nicht alle von ihnen nutzen dabei die Angebote aus der queeren Community, da diese auch nicht flächendeckend vorhanden sind. In vielen Fällen ist es so, dass LSBTIQ*-Menschen, die im hetero-normativen Breitensport oder auch Fitnessstudios aktiv sind, sich anderen gegenüber nicht outen aus Angst vor Diskriminierung. Trans- und intergeschlechtliche Menschen haben meist noch höhere Hürden zu meistern, da viele Sporteinrichtungen wenig bis gar nicht auf ihre besonderen Bedürfnisse eingestellt sind.

Forderungen der LSBTIQ*-Community:

Trans- und intergeschlechtliche Menschen haben oft Hemmungen sich in Sportvereinen und Gruppen zu beteiligen. Dies liegt zum Teil daran, dass die Sportstätten nicht für ihre Bedürfnisse ausgelegt sind.

- ! ***Wir fordern die Umsetzung von baulichen Maßnahmen, wie adäquate Umkleiden, Dusch- und WC-Anlagen, um auch trans- und intergeschlechtlichen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich im Sport frei entfalten zu können.***

Trainer:innen und Vorstände von Vereinen sind häufig nicht für die Bedürfnisse von LSBTIQ*-Menschen sensibilisiert. Nicht nur, allerdings gerade im Bereich Jugend und Sport ist hier jedoch ein gewisses Gefühl für die unterschiedlichen Lebensweisen unabdingbar.

- ! ***Wir fordern, dass Weiterbildungen zu den Themen "sexueller und geschlechtlicher Vielfalt" für Trainer:innen und Vorstände verpflichtend werden.***

Im November 2020 wurden auf der Sportministerkonferenz (SMK) verschiedene Beschlüsse mit weitreichenden Empfehlungen zum Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt gefasst.

- ! ***Wir fordern, dass diese Empfehlungen der SMK für alle Sportvereine und -verbände in Niedersachsen verpflichtend werden.***

Intergeschlechtliche Forderungen

Intergeschlechtliche Menschen fordern ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben!

In den letzten Jahren hat sich zum Glück einiges hinsichtlich der Anerkennung intergeschlechtlichen Lebens getan: Seit 2019 gibt es mit „divers“ einen dritten positiven Personenstandseintrag. Zudem ist im Mai 2021 das Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung in Kraft getreten. Durch das Gesetz sind Operationen und Behandlungen an intergeschlechtlich geborenen Kindern verboten, wenn sie nur der Angleichung an ein weibliches oder männliches Normgeschlecht dienen. Das Gesetz ist für leider nicht klar genug definiert und lässt zu viel Spielraum in der Deutung des Inhalts. Trotzdem ist die Verabschiedung des Gesetzes ein weiterer Meilenstein hin zur Anerkennung von intergeschlechtlichem Leben in Deutschland. Der jahrzehntelange Kampf von intergeschlechtlichen Menschen für ihr Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit war teilweise erfolgreich. Die Signalwirkung ist eindeutig: Eingriffe dürfen nur nach der informierten Einwilligung der Person selbst erfolgen oder müssen gerichtlich genehmigt werden.

Doch es geht weiter, denn es gibt noch einiges zu tun!

Forderungen der LSBTIQ*-Community:

- Vermittlung von geschlechtlicher Vielfalt in allen Bildungsbereichen (z.B.: frühkindliche Bildung, Schule, Hochschule, außerschulische Bildungseinrichtungen)
- Zeitnahe Schulung von Personal in Behörden und Ämtern über die aktuellen gesetzlichen Grundlagen (Änderungen des Personenstands, Namensänderungen etc.)
- Schulung von Mitarbeiter*innen in allen gesundheitlichen Einrichtungen über die Verwendung von nicht pathologisierender Sprache im medizinischen Bereich
- Schaffung von Regelungen/eines Konzepts zur Unterbringung von Menschen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung in Krankenhäusern
- Gleichstellung intergeschlechtlicher Menschen im Arbeitsmarkt (inklusive entsprechender Stellenausschreibungen, Berücksichtigung bei der Arbeit von Gleichstellungsbeauftragten)

- Gleichberechtigung aller Geschlechter in der medialen Präsenz
- Berücksichtigung geschlechtlicher Vielfalt in geschriebenen und gesprochenen Texten
- Schaffung von sanitären Anlagen, die einen Schutzraum für alle Menschen mit körperlichen Besonderheiten darstellen (z.B. durch Einrichtung von barrierearmen Unisex-Toiletten in allen öffentlichen Toiletten)
- Keine Eingriffe ohne informierte Einwilligung der intergeschlechtlichen Menschen selbst, ausgenommen lebens- oder gesundheitsnotwendige Maßnahmen
- Entschädigung und Rehabilitation geschädigter Betroffener der Eingriffe
- Schaffung verbindlicher „Standards of care“ unter Einbezug der intergeschlechtlichen Menschen und ihrer Organisationen
- Erarbeitung von Lösungen für eine gleichberechtigte Teilnahme von intergeschlechtlichen Menschen im Breitensport und im Leistungssport

***Das ist unser Ziel: Eine vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen sich gegenseitig in ihrer Einzigartigkeit und in ihren gleichen Rechten akzeptieren.
Helfen Sie mit, diese Gesellschaft zu bauen!***

Weitere Informationen erhalten sie bei den Autor*innen dieses Textes:
Intergeschlechtliche Menschen Landesverband Niedersachsen e.V.
(<https://im-nds-ev.de/>, vorstand@im-nds-ev.de)
Landeskoordination Inter* (<https://qnn.de/inter/>, inter@qnn.de) im
Queeren Netzwerk Niedersachsen e.V. (<https://qnn.de/>, info@qnn.de)

Gesundheit

LSBTIQ*-Menschen sind auch heute noch besonderen Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt. In erster Linie hat dies strukturelle Gründe. So liegen für einige Gesundheitsleistungen die Anforderungen sehr hoch. In Flächenländern spielt auch die räumliche Distanz eine wichtige Rolle. Hier fehlt es meist an dringend benötigten Beratungsangeboten.

Forderungen der LSBTIQ*-Community:

Viele queere Menschen in ländlichen Regionen haben meist erschwert Zugang zu Ärzt:innen, die sich mit den speziellen Anforderungen von LSBTIQ*-Patienten auskennen. Meist müssen sie dafür einen langen Weg bis in eine größere Stadt auf sich nehmen.

- ! ***Wir fordern die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, sich für eine flächendeckende medizinische Versorgung einzusetzen.***

Viele Ärzt:innen ignorieren die besonderen Bedürfnisse von LSBTIQ*-Menschen, entweder aus Unwissenheit oder aus persönlicher Abneigung. Ein solcher Arztbesuch belastet die psychische Gesundheit von queeren Menschen zusätzlich.

- ! ***Wir fordern die Einführung eines Pflichtmoduls zum Thema „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ im Studium sowie verpflichtende Weiterbildungsmaßnahmen.***

PrEP (Prä-Expositions-Prophylaxe) ist ein großer Schritt nach vorne im Gesundheitsschutz, darf jedoch nur durch geschulte Ärzt:innen verschrieben werden. In Städten ist der Anteil entsprechender Ärzt:innen prozentual sehr gering, in ländlichen Regionen existieren diese fast gar nicht. Ursache dafür ist auch, dass eine Schulung zu diesem Thema für die Ärzt:innen mit hohen Kosten verbunden ist.

- ! ***Wir fordern die Niedersächsische Landesregierung auf, sich für die Kostenübernahme entsprechender Fortbildungen einzusetzen.***

Pflege und Alter

Im Pflegealltag wird immer noch von einer heterosexuellen Normalität und Normativität ausgegangen, so dass die Lebensrealitäten von LSBTIQ*-Menschen nicht erkannt oder für beachtenswert gehalten werden. Dies gilt sowohl für Pflegeeinrichtungen als auch für mobile Pflegedienste. Auch vereinsamen ältere LSBTIQ*-Menschen oft, da sie selbst nicht mehr groß vor die Tür kommen und es an Sozialkontakten fehlt.

Forderungen der LSBTIQ*-Community:

Besonders LSBTIQ*-Menschen stehen im Alter oft ohne Sozialkontakte da. Es gibt wenig bis keine Familienanbindung, die Freund:innen sind vom Alter ebenso geprägt oder körperlich beeinträchtigt und die Nachbarschaft besteht häufig aus einer jüngeren Generation, zu der es wenig bis gar keine Berührungspunkte gibt. Ein Lösungsansatz sind queere Mehrgenerationenhäuser nach dem Beispiel von Berlin. Diese zu schaffen ist sehr kostspielig und daher kaum realisierbar.

- ! ***Wir fordern die Niedersächsische Landesregierung auf, sich finanziell am Aufbau queerer Mehrgenerationenhäuser zu beteiligen, um die soziale Teilhabe älterer LSBTIQ*-Menschen zu verbessern.***

In vielen Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und bei Pflegediensten wird binäre und heteronormative Denkweise heute noch gelebt. Dies ist häufig der fehlenden Zeit geschuldet, die Pflegepersonal für betreute Personen und ihren sozialen Kontext aufwenden können. Insbesondere bei LSBTIQ*-Menschen ist eine hohe Sensibilität erforderlich, um ihre Situation und besonderen Bedarfe zu erkennen.

- ! ***Wir fordern die Einführung eines Pflichtmoduls zum Thema „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ in der Ausbildung sowie verpflichtende Weiterbildungsmaßnahmen, auch für nicht examinierte Pflegekräfte.***

Auch nicht pflegendes Personal in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und bei Pflegediensten ist in der Regel wenig auf die besonderen Bedürfnisse von queeren Menschen vorbereitet.

- ! ***Wir fordern für Hilfspersonal einführende Aufklärung zum Thema „sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“.***

Bildung

Vielfalt ist kein Firlefan! Forderungen für queere Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit in Niedersachsen

Rund 62% der Jugendlichen in Deutschland¹ verheimlichen in der Schule, dass sie lesbisch, schwul, bi, trans*, inter*, asexuell/aromantisch oder queer sind. SCHLAU bietet deshalb Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit zur Vielfalt der geschlechtlichen Identitäten und sexuellen Orientierungen an.

! Wir fordern: Queere Vielfalt wird als Querschnittsthema in allen Kerncurricula gesetzt!

- Wir fordern, dass queere Lebenswelten fachlich richtig, sensibel und reflektiert dort zur Sprache kommen, wo es sich anbietet: Varianten der Geschlechtsentwicklung im Biologie-Unterricht, geschlechtersensible Sprache im Deutsch-Unterricht, Lebens-, Liebes- und Familienformen jenseits der Heteronorm in Fächern wie Religion, Werte und Normen sowie Menschenrechtsbildung und Antidiskriminierung im Politik-Unterricht sowie als fächerübergreifende Aufgabe. Auch in den Fächern, in denen diese Themen nicht explizit Erwähnung finden, lässt sich die Sichtbarkeit erhöhen: z.B. durch divers gestaltete Arbeitsmaterialien in allen Klassenstufen und Schulformen.

! Wir fordern: Queere Vielfalt muss schulformübergreifend Teil der Schulkultur werden!

- Neben der Sichtbarkeit in den Kerncurricula und im Arbeitsmaterial sind das Schulklima und die Schulkultur ein entscheidender Faktor für die freie Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Das Land als Gesetzgeber im Bereich Schule muss hier auf mehreren Ebenen tätig werden. Wir fordern:
 1. Die Sensibilisierung für queere Vielfalt muss schulformübergreifend fest in die Lehrkräfte Aus- und integriert werden. Bereits im Studium müssen angehende Lehrkräfte grundlegende Kompetenzen im Umgang mit der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen erwerben.
 2. Schüler*innen brauchen feste Ansprechpersonen in der Schule bei Diskriminierungsvorfällen. Beratungslehrkräfte müssen entsprechend für die Lebensrealitäten von queeren Jugendlichen sensibilisiert werden.
 3. Der Umgang mit Schüler*innen, die trans* und/oder inter* sind, muss diskriminierungsfrei, respektvoll und transparent geregelt werden. Dazu gehört, dass Schulen beispielsweise die unbürokratische Namensänderung, aber auch die Einführung von All-Gender-Toiletten in allen Schulen ermöglichen.

4. Nicht nur der Gesetzgeber, sondern auch die Schulen selbst stehen in der Verantwortung, für eine queerfreundliche Schulkultur zu sorgen: Schüler*innenselbstorganisationen, beispielsweise in Form queerer AGs, sind zu unterstützen. Außercurriculare Workshops zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt) müssen Teil des Schulplans werden.

! Wir fordern: Queere Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit muss nachhaltig gefördert werden!

Wir fordern die nachhaltige Förderung von queerer Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit aus Landesmitteln. In Zeiten stärkeren Aufkommens von LSBTIQ*- Feindlichkeit und Rechtsextremismus ist queere Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit wichtiger denn je. Es bedarf den Fortbestand und den Ausbau einer zentralen Projektkoordinierungsstelle. Neben der fachlichen Beratung der Projekte zu einem wirksamen Ehrenamtsmanagement sowie der kontinuierlichen Qualitätssicherung und Professionalisierung, braucht es auf Landesebene eine zusätzliche pädagogische Fachkraftstelle. Nur so kann die professionelle pädagogische Qualifizierung und Fortbildung der Ehrenamtlichen langfristig gewährleistet werden.



Photo by Michael Wallmüller

⁴Europäische Menschenrechtsagentur (2020): Umfrage unter LGBTI-Personen in Europa. Abrufbar unter: <https://fra.europa.eu/de/news/2020/umfrage-unter-lgbti-personen-europa-dominiert-die-hoffnung-oder-die-angst>
Weitere Informationen zu den Autor:innen bekommen sie unter: www.schlau-nds.de

Queer Refugees

Wer flieht, hat dafür gute Gründe. Dies gilt besonders für lesbische, schwule, bisexuelle, transgeschlechtliche und intersexuelle Menschen (LSBTIQ*), die in ihren Herkunftsländern Verfolgung und Gewalt seitens des Staates, der Familie oder der Gesellschaft erfahren mussten. In 70 Staaten der Erde droht LSBTIQ*-Menschen Gefahr für Freiheit, Leib und Leben. In Deutschland angekommen, ist für viele dieser Menschen die Flucht noch nicht vorbei. Zu der existentiellen Unsicherheit, die mit den oft langwierigen und schwierigen Asylverfahren verbunden ist, kommen Rassismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit hinzu.

Forderungen der LSBTIQ*-Community:

2015 wurde queeren Geflüchteten mit einem Regenbogenaufkleber und dem Satz „Queer Refugees Welcome“ versucht zu sagen, dass sie sich in einem sicheren Umfeld befinden und offen über ihrer sexuelle Orientierung reden können. Doch meist fehlt es denn Mitarbeitenden an entsprechenden Hintergrundwissen und Sensibilisierung zu Themen der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität.

- ! **Wir fordern die regelmäßige Weiterbildung und Sensibilisierung von Mitarbeitenden zu Themen der „sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt“.**

Queere Geflüchtete verstecken ihre sexuelle oder geschlechtliche Identität nicht nur bei der Erstaufnahme, sondern auch in den Flüchtlingsunterkünften. Meist geht dies mit Isolation einher, um der Gefahr zu entgehen, dass ihr Geheimnis entdeckt werden könnte, und der Angst vor gewalttätigen Übergriffen. Hierdurch wird nicht nur die Integration erschwert, sondern verursacht oft zusätzliche psychische Folgen.

- ! **Wir fordern die Schaffung von landesweiten Safe Houses für queere Geflüchtete.**

Transgeschlechtliche Flüchtlinge haben auf ihrem Weg in ein neues Leben nicht die Möglichkeit, an für sie notwendige Medikamente zu kommen. Auch an ihrem Ziel angekommen, ist der Zugang dazu nicht einfach. Durch diesen Umstand sind gerade Menschen mit transgeschlechtlichem Hintergrund sehr schnell zu erkennen. Dies verschlimmert ihre Lage und die Gefahr von Übergriffen in den Flüchtlingsunterkünften enorm.

- ! **Wir fordern einen einfachen Zugang zu notwendigen Medikamenten für transgeschlechtliche Geflüchtete.**

Innerhalb der Gesellschaft ist es für queere Geflüchtete und auch queere People of Color (PoC) oftmals schwieriger, Anschluss zu finden. Neben der Sprachbarriere gibt es kaum geeignete Anlaufstellen, insbesondere in ländlichen Regionen.

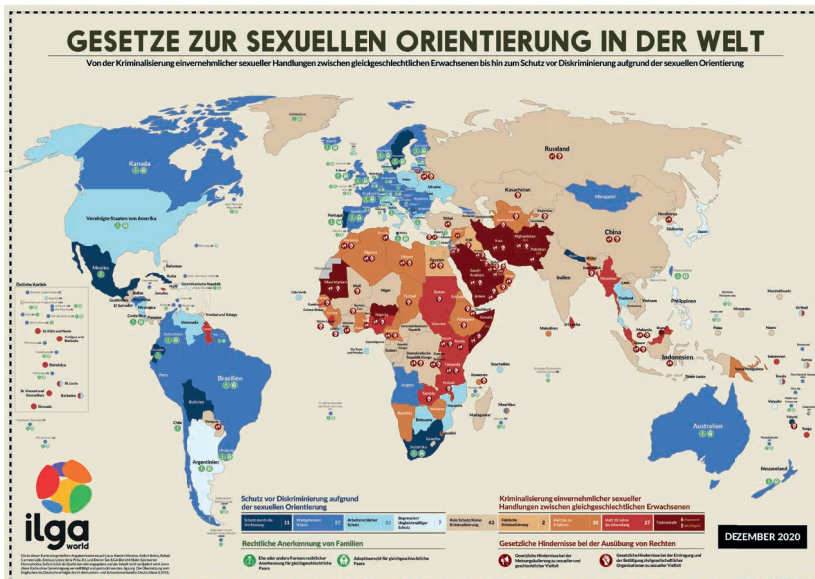
! **Wir fordern von der Niedersächsischen Landesregierung die dauerhafte Finanzierung zur Schaffung von Anlaufstellen für queere Geflüchtete und PoC.**

Mit der Fluchtbewegung 2015 sind in vielen öffentlichen Einrichtungen Schulungen zur Sensibilisierung und zum Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt durchgeführt worden. Dies galt in der Regel für die größeren Städte.

! **Wir fordern diese Schulungen für alle öffentlichen Einrichtungen verpflichtend zu machen.**

Jedes Jahr stellen Menschen aus sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ einen Asylantrag. Aus Angst vor Verfolgung und Gewalttaten geben queere Menschen dabei ihre sexuelle oder geschlechtliche Identität meist nicht an. Diese Geheimhaltung führt in den meisten Fällen zu einer Ablehnung des Asylantrages.

! **Wir fordern die Niedersächsische Landesregierung auf, ihre Stimme gegen die Anerkennung von „sicheren Herkunftsländern“ einzusetzen, in denen LSBTIQ*-Menschen Verfolgung und Repression droht.**



Hannover



Hildesheim



Göttingen



Osnabrück



Delmenhorst



Oldenburg



Wilhelmshaven



Lüneburg



Wolfsburg



Braunschweig



Impressum

Herausgeber: LSVD Niedersachsen-Bremen e.V., Postfach 42 01 05, 30661 Hannover

Redaktion: Klaus-Peter Bischoff, Benjamin Rottmann, Marco Neumann, Dr. Nicole Meckoni

Anschrift der Redaktion: Postfach 42 01 05, 30661 Hannover

Telefon: 0511-27789620

E-Mail: nds-bremen@lsvd.de - Website: <http://nds-bremen.lsvd.de>

Layout: Thomas Lattner - DESIGN YOUR LIFE

Bilder: Michael Wallmüller Fotografie, AIDS-Hilfe FRI-WHV-WTM, LSVD Niedersachsen Bremen

Druck: FLYERALARM GmbH, Alfred-Nobel-Str. 18, 97080 Würzburg

Erscheinungsweise: einmalig

Überreicht durch:



Lesben- und Schwulenverband (LSVD)
Niedersachsen-Bremen e.V.
Postfach 42 01 05
30661 Hannover

Telefon: (0511) 277 896 20
Telefax: (0511) 277 896 21
E-Mail: nds-bremen@lsvd.de
<https://nds-bremen.lsvd.de>

 facebook.com/lsvdndshb

 instagram.com/lsvdndshb

 twitter.com/lsvdndshb

 youtube.de/lsvdndshb